

Herausgeber:

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand Vorstandsbereich III
Stellvertretender Bundesvorsitzender
Finanzen – Nachhaltige Entwicklung
Abteilung Nachhaltige Entwicklung
Autor: Holger Bartels
Ausgabe: 17. Januar 2003

Holger Bartels

Nachhaltigkeit auf den Weg gebracht – Beiträge der IG BAU

Den gewerkschaftlichen Anspruch, in der Nachhaltigkeitsdebatte insbesondere die soziale Komponente zu vertreten, hat die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) in einer ganzen Reihe von einzelnen Projekten konkretisiert, bei denen sie mit verschiedenen Partnern zusammenarbeitet. Außerdem hat sich die IG BAU systematisch dafür eingesetzt, den bisher nur Minderheiten geläufigen Begriff der Nachhaltigkeit bekannter zu machen und damit eine breitere Beteiligung der Arbeitnehmer an der Diskussion zu fördern.

Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ hat sich als zentrales Leitbild der globalen Wirtschafts-, Umwelt- und Entwicklungsdiskussion herauskristallisiert. Damit ist eine Wirtschaftsweise gemeint, die es auch zukünftigen Generationen ermöglicht, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Es herrscht allgemein Übereinstimmung, dass nur die Verbindung ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungen Zukunftsfähigkeit ermöglicht.

Darüber hinaus soll Gerechtigkeit sowohl zwischen den Generationen wie auch zwischen den Völkern sichergestellt werden. Wie der Begriff letztlich gefüllt wird, hängt von den beteiligten Interessen ab. Denn als wesentliches Element gilt die Partizipation, da es nur die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht, einen breiten Konsens über die Gestaltung unserer Zukunft zu erreichen. Dies ist erforderlich, da eine weit reichende Ände-

rung unserer Art des Wirtschaftens und auch unseres Lebensstils zu erwarten ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich bereits 1992 auf dem so genannten Rio-Gipfel der Vereinten Nationen (VN) verpflichtet, Deutschland nachhaltig zu gestalten. Mit ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 haben sich auch die jetzigen Regierungsparteien im Bundestag für eine zukunftsfähige Entwicklung mit dem Leitbild „Nachhaltigkeit“ ausgesprochen. Seit dem April 2002 liegt eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vor, die zwar die Bedeutung der drei genannten Dimensionen aufnimmt, sich aber mit den Themenfeldern Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung für eine andere Zuordnung entschieden hat

Nachhaltige Entwicklung - nicht bloß ein Umweltthema

Wenn auch die Strategie der Bundesregierung insgesamt positiv zu bewerten ist, fehlt weiterhin eine Integration der drei Dimensionen von Nachhaltigkeit. Die Ausrichtung des gesamten Papiers ist zu umweltlastig, und es fehlen teilweise akzeptable Indikatoren, die die anzustrebenden „Landeplätze der Zukunft“ messbar und damit nachvollziehbar machen. Auch die Modellprojekte, die hervorgeho-



ben werden, zeigen die ungleiche Gewichtung der Dimensionen.

Viele setzen den Begriff Nachhaltigkeit auch mit „Umwelt“ gleich. Es war zweifellos ein Verdienst der Umwelt-Organisationen - wie z.B. des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und seiner Verbände -, das Themenfeld aufgegriffen und oft auch besetzt zu haben. Aber auch ein Blick auf Ministerien wie auch auf Behörden zeigt, dass in der Politik das Thema in erster Linie den Umweltressorts zugewiesen wurde bzw. noch immer wird.

Neben der Debatte über Umweltfragen ist immer die ökonomische Dimension untergeordnet mitdiskutiert worden; entweder indem darauf hingewiesen wurde, welche ökonomischen Chancen in einer ökologischen Verbesserung liegen, oder aber indem etwa behauptet wurde, Umweltauflagen würden die Wirtschaft ruinieren.

Soziale Fragen vernachlässigt

Die soziale Frage spielt in der Nachhaltigkeitsdiskussion in der Regel eine untergeordnete Rolle. Das Thema Armut wird als entwicklungspolitisches Thema aufgefasst, und die Bedingungen am Arbeitsplatz werden meist überhaupt nicht als Nachhaltigkeitsthemen gesehen. Inzwischen lassen sich zwar Bemühungen feststellen, auch Soziales zu integrieren, aber immer noch ist dieser Bereich in der Diskussion unterentwickelt. Aber gerade in diesem Bereich stehen gravierende Veränderungen in der Zukunft an.

Ohne Beteiligung keine nachhaltige Entwicklung

Eine nachhaltige Entwicklung setzt die breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Akteure voraus. Es hapert aber bereits an Partizipation in der Debatte über die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung selbst. Diese verweist zwar mit Stolz darauf, den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen geführt zu haben. Die am Entstehungsprozess der Strategie beteiligten Gruppen selbst beurteilen das aber viel skeptischer. Sie kritisieren, sie seien lediglich an zwei anderthalbstündigen Gesprächsrunden

beteiligt gewesen. Von Partizipation kann hier kaum ernsthaft die Rede sein.

Die an der Nachhaltigkeitsdiskussion beteiligten Akteure und Gruppen bearbeiten, ihren jeweiligen Interessen entsprechend, unterschiedliche Schwerpunkte. Oft nehmen sie die anderen Aspekte dann nicht wahr. So aktiv etwa die Wirtschaftsverbände oder auch die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen in der Debatte waren, so blind waren sie lange bei der Berücksichtigung der sozialen Dimension. Umgekehrt haben wir Gewerkschaften uns auch lange schwer getan, den Umweltaspekt genügend zu würdigen.

Wenn es wahr ist, dass eine nachhaltige Entwicklung eine weit reichende Änderung unserer Art des Wirtschaftens und auch unseres Lebensstils erfordern wird, resultieren hieraus Unsicherheiten über die persönlichen Auswirkungen, Ängste vor der Zukunft und mögliche Konfliktpotentiale. Deshalb müssen notwendige Entscheidungsprozesse öffentlich und für den Bürger nachvollziehbar sein, damit eine nachhaltige Nutzung der Umweltgüter sozial akzeptabel wird.

Die Bedeutung der Gewerkschaften

Bereits in den Dokumenten von Rio wurde betont, dass dieses Ziel ohne Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen nicht gelingen kann, wobei die Gewerkschaften in dem Artikel 29 ausdrücklich genannt werden.

Die Gewerkschaften haben sich der Herausforderung gestellt und sehen vor allem in der stärkeren Integration der sozialen Frage ihre Hauptaufgabe. Für uns stellt sich also vor allem die Frage, wie wir eine breite Beteiligung an dem Prozess Nachhaltigkeit erreichen und gleichzeitig die verschiedenen Dimensionen miteinander verbinden können.

Nachhaltigkeit: ein gutes Leben in einer gerechten Welt!

Gewerkschaften sind einst gegründet worden, um mehr Gerechtigkeit für die Beschäftigten zu erreichen, d.h. insbesondere um ihre soziale Lage zu verbessern, eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes zu erzielen und eine bessere Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Bereits im Brundtland-Bericht (1987), der den Begriff Sustainable Development einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat, war „Gerechtigkeit“ ein zentrales Anliegen, das auf der VN-Konferenz „Umwelt und Entwicklung“ in Rio de Janeiro (1992) weiterentwickelt wurde. Denn dort ging es aus unserer Sicht ebenfalls im Wesentlichen um Gerechtigkeit: um Gerechtigkeit zwischen den Generationen und um Gerechtigkeit zwischen den Nationen.

Als Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung wurde neben der Sicherung unserer Lebensgrundlagen die Verbesserung der sozialen Lage und eine gesunde Ökonomie angesehen. Diese drei Säulen oder auch Dimensionen Soziales, Ökologie und Ökonomie bilden nach unserer Auffassung auch heute noch die Basis der Idee „Nachhaltige Entwicklung“.

Die IG BAU beteiligt sich am Nachhaltigkeitsdialog

Die IG BAU hat sich deshalb schon sehr früh einer nachhaltigen Entwicklung verschrieben und gestaltet diesen Prozess aktiv mit. So haben wir den von den Vereinten Nationen in New York organisierten Dialog der Commission for Sustainable Development (CSD) ebenso mitgestaltet wie die nationalen Dialoge über Nachhaltigkeit. In diese haben wir mehrere eigene Projekte eingebracht. Auf der internationalen Ebene sind dort v.a. zwei Projekte erwähnenswert, die nachfolgend kurz dargestellt werden:

Forest Stewardship Council (FSC)

Die IG BAU ist Mitbegründer der Zertifizierung von Holz nach dem FSC-Standard. Der FSC setzt sich weltweit für die umweltgerechte, sozial verträgliche und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftung der Wälder ein. Der FSC bzw. „Weltforstwirtschaftsrat“ wurde 1993 in Toronto gegründet. Mitglieder können sowohl Einzelpersonen als auch Unternehmen und Organisationen sein. Er besteht aus drei Kammern, die jeweils das gleiche Stimmrecht haben und die jeweiligen Interessen repräsentieren:

- ▶ Umweltkammer (Umweltorganisationen),

- ▶ Sozialkammer (Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, indigene Völker);
- ▶ Wirtschaftskammer (Forst- und Holzwirtschaft, Zertifizierer).
- ▶ So betrachten wir die jüngst bekannt gegebene Unterstützung des FSC-Labels durch das Bundesumweltministerium auch als einen Erfolg der hartnäckigen Arbeit der IG BAU.

Das Flower Label Programm (FLP)

Die IG BAU hat zusammen mit „Brot für die Welt“, der Menschenrechtsorganisation FIAN, dem Kinderhilfswerk „terre des hommes“, dem Verband des Blumengroß- und Einzelhandels (BGI), dem Fachverband Deutscher Floristen und mit den Produzenten (Plantagen aus Kenia, Simbabwe und Ecuador) ein Qualitätssiegel für Blumen entwickelt. Es steht für:

- ▶ existenzsichernde Löhne,
- ▶ Gewerkschaftszugehörigkeit,
- ▶ Verbot der Kinderarbeit,
- ▶ verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und
- ▶ integrierten Pflanzenschutz mit Verzicht auf hochgiftige Pflanzenschutzmittel.

Ähnlich wie bei dem FSC-Zertifikat sollen mit dem FLP ökologische und soziale Standards beim Anbau und Verkauf von Blumen sichergestellt werden.

Wesentlich war für die IG BAU dabei, die drei Säulen (Dimensionen) der Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden, einen kleinen Beitrag für eine menschlichere Welt zu leisten und gleichzeitig Ressourcen zu schützen. Darüber hinaus zeigen die Beispiele, dass unterschiedliche Interessengruppen gemeinsam erfolgreich sein können.

Gebäudesanierung – eine Chance für Klima und Arbeitsplätze

Auch in der Bundesrepublik selbst kann die IG BAU mehrere konkrete Projekte vorweisen, die sie in die Nachhaltigkeitsdebatte eingebracht hat. Die IG BAU hat zusammen mit Greenpeace ein Projekt entwickelt, um die Vereinbarkeit von Umweltschutz und Beschäftigungsentwicklung praktisch aufzuzei-

gen (<http://www.arbeit-und-umwelt.de>). Mit ihrer Initiative „Das Plus für Arbeit und Umwelt“ gehen IG BAU und Greenpeace auf die Wohnungswirtschaft zu, um gemeinsam einen Beitrag für Klimaschutz und Beschäftigung zu leisten. Ziel ist es, den Wohnungsbestand anhand der klar umrissener Kriterien zu sanieren. Die Wohnungsbaugesellschaften erhalten im Gegenzug ein Gütesiegel.

IG BAU und Greenpeace versprechen sich davon mehr Öffentlichkeit für das wichtige Thema „energetische Sanierung von Altbauten“ und konkrete, vorzeigbare Umsetzungsprojekte.

Bündnis für Arbeit und Umwelt

Das Beratungsgremium der Regierung zur Förderung von zukunftsfähiger Beschäftigung besteht aus Vertretern der Gewerkschaften – darunter auch der IG BAU - und der Wirtschaft. Es ist beim Bundeskanzleramt angesiedelt. In diesem „Bündnis für Arbeit und Umwelt“ sind darüber hinaus noch die Umweltverbände beteiligt. Dieses „Bündnis für Arbeit und Umwelt“ entwickelte im Konsens ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Altbauten, das sich die Bundesregierung zu eigen machte. Es hat ein Volumen von einer Milliarde Euro. Grundlage des Förderprogramms war eine konkrete Initiative der IG BAU. Wir betrachten das als konkreten Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung

Forum NRO und Gewerkschaften

Auf Initiative der IG BAU hat sich das „Forum NRO und Gewerkschaften“ als Zusammenschluss von Mitgliedern aus Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Umweltverbänden gebildet, um vor dem Hintergrund der Atomausstiegsdebatte über eine zukunftsfähige Energiepolitik nachzudenken, dafür gemeinsame Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Dialog mit der Zementindustrie

Angesichts der besonders brisanten Situation der Zementindustrie als intensiver Energieverbraucher hat sich nach der Diskussion über die Ökosteuer

ein Kreis gebildet, der über Wege zur Nachhaltigkeit in der Zementindustrie nachdenkt. Hier steht ein Arbeitsprogramm kurz vor der Vollendung. Daran hat die IG BAU aktiven Anteil.

Ein Dilemma der Nachhaltigkeitsdebatte

Das alles ist aus Sicht der IG BAU aber kein Grund, sich gelassen zurückzulehnen. Denn bei alledem bleibt ein elementares Problem, von dem auch die Organisation der IG BAU selbst betroffen ist. Auf der einen Seite gibt es – gerade im Vorfeld der Konferenz von Johannesburg - viele Versuche in Politik und Wissenschaft, ein Konzept für nachhaltige zukunftsfähige Entwicklung weiter auszubauen und konkret umzusetzen.

Auf der anderen Seite findet die Diskussion jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Letztlich gibt es nur wenige Menschen, die etwas mit dem Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ anfangen können. Die beiden neuesten Studien zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ stellen sogar einen Rückgang beim Bekanntheitsgrad des Begriffes fest: von 15% (1998) auf 13% (2000). Eine genauere Untersuchung in Berlin kommt sogar zu dem deprimierenden Ergebnis, dass maximal 3-5% der Bevölkerung tatsächlich wissen, worum es bei der nachhaltigen Entwicklung geht.

Nachhaltigkeit braucht ein Fundament

Für die IG BAU war schon früh klar, dass ohne die Beteiligung der Menschen keine ökologisch-soziale Modernisierung unserer Gesellschaft Aussicht auf Erfolg hat. Unsere Idee war, weitere konkrete Lösungen dafür zu finden. Hierzu haben wir ein gemeinsames Vorprojekt „Nachhaltige Entwicklung und Arbeitnehmerinteressen“ von IG BAU und NaturFreunden Deutschland, das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert wird, entwickelt.

Die beiden Organisationen haben sich zu dem gemeinsamen Vorprojekt entschlossen, da beide die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung ihrer Mitglieder an dem Dialog über Nachhaltigkeit sehen. Uns ging und geht es dabei um die Frage, wie wir unsere Organisation und unsere Mitglieder für den Nachhaltigkeits-Prozess „fit machen“ können. Da-

bei erschien uns hilfreich, dass beide Organisationen gleiche Wurzeln, aber unterschiedliche Strukturen und Schwerpunkte in ihrer Arbeit haben. Beide verstehen sich als Arbeitnehmerorganisationen.

Um die Ziele zu erreichen haben wir neben Gesprächsrunden mit „Experten“ und Praktikern auch in der Region mit den Mitgliedern beider Organisationen Veranstaltungen durchgeführt. Das Vorprojekt darf als erfolgreich angesehen werden. Wir wollen deshalb diese Zusammenarbeit mit den NaturFreunden fortsetzen.

Wie geht es weiter?

Die IG BAU hat auch organisationsintern einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit getan. Seit Herbst letzten Jahres gibt es in der Organisation eine Abteilung Nachhaltigkeit, die sicher stellen soll, dass der Prozess kontinuierlich weitergeführt wird. Unterstützt wird diese Abteilung von der Gruppe „Interakzent“, einem Team von Wissenschaftlern und Praktikern aus dem Umfeld der IG BAU, die sich schon einige Jahre mit dem Thema auseinandersetzen. Diese Gruppe hat sich zur Aufgabe gemacht, den Dialog mitzugestalten und dazu beizutragen, dass sich mehr Menschen an der Entwicklung einer nachhaltigen Gesellschaft beteiligen können.

Weitere Informationen

IG BAU, Abteilung Nachhaltigkeit, Holger Bartels, Olof-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt/Main, Tel.: 069/957 37-670, Fax: 069/957 37-509, E-Mail: holger.bartels@igbau.de. - Zur Gruppe „Interakzent“ gehören: Peter Kern (PECO-Institut), Holger Wallbaum (Triple Innova-Institut), Dirk Wolters (Wuppertal Institut für Klima-Umwelt-Energie).

Quelle: Arbeit & Ökologie-Briefe, 6/2002, Seite 27-29; www.oekobriefe.de.

Der Autor

Holger Bartels leitet die Abteilung Nachhaltigkeit beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt/Main. – Der Beitrag entstand im Dialog mit der Gruppe „Interakzent“.